



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 186-2025
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.435

Eingereicht am: 14.08.2025

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Graber (La Neuveville, SVP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 04.09.2025

RRB-Nr.: vom
Direktion: Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Zölle von 39 Prozent für die Einfuhr von Schweizer Produkten in die USA und Auswirkungen auf die Wirtschaft des Kantons Bern

Am 1. August 2025 erlitten Politik, Wirtschaft und Bevölkerung unseres Landes einen regelrechten Schock, als sie von den Zöllen von 39 Prozent, die die USA einem grossen Teil der für den amerikanischen Markt bestimmten Schweizer Exportgütern auferlegen, erfuhren.

Ende Juli waren der Bundesrat selbst und zahlreiche Unternehmen noch überzeugt, dass die Schweiz bei den neuen Einfuhrzöllen, die Präsident Trump für die amerikanischen Importe aus mehreren Dutzend Ländern angekündigt hatte, relativ gut wegkommen würde.

Aber die Enttäuschung war gross, als wir feststellen mussten, dass die Schweiz vom amerikanischen Präsidenten ausgesprochen schlecht behandelt worden war, und dies ohne objektiven Grund.

Selbstverständlich wird der Bundesrat alles unternehmen, um Donald Trump zu überzeugen, die Entscheidung, auf unsere Exportgüter exorbitante Einfuhrzölle von 39 Prozent zu erheben, rückgängig zu machen. Ausserdem ist es eine Tatsache, dass der launische amerikanische Präsident seine Meinung oft ändert, und dass somit die Chance besteht, dass er die Gegenvorschläge, die ihm der Bundesrat und die Schweizer Pharmariesen bald unterbreiten werden, annimmt.

Aber vorläufig – zumindest für die nächste Zukunft – werden die völlig übertriebenen und ungerechtfertigten Zölle auf einen grossen Teil der für die USA bestimmten Exporte ausgesprochen negative Folgen für unsere Unternehmen, Arbeitsplätze und unser Wirtschaftswachstum haben. Die Situation ist umso kritischer, als die amerikanischen Importeure für die meisten Güter von europäischen Unternehmen nur Zölle von 15 Prozent zu entrichten haben. Dies wird unsere Unternehmen in einen ausgesprochen harten und oft unüberwindbaren Konkurrenzkampf versetzen.

Zahlreiche Unternehmen des Kantons Bern sind von den neuen amerikanischen Zöllen, die die in die USA verkauften Waren in einem untragbaren Mass verteuern können, betroffen. Die vorwiegend exportorientierten Regionen unseres Kantons, wie der Berner Jura und das Seeland, werden am stärksten unter den Folgen leiden. Aber der ganze Kanton wird betroffen sein.

Wir sind uns absolut bewusst, dass dem Regierungsrat nur wenige Mittel zur Verfügung stehen, um die negativen Auswirkungen des Beschlusses des amerikanischen Präsidenten abzufedern.

Der Regierungsrat wird um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie schätzt er die Auswirkungen der neuen amerikanischen Zölle auf die Berner Unternehmen ein?
2. Verfügt er über erste Einschätzungen der indirekten Auswirkungen, die diese Einfuhrzölle von 39 Prozent auf die Steuereinnahmen des Kantons Bern haben werden?
3. Welche – auch beschränkten – Massnahmen könnte er ergreifen, um gezielt Unternehmen zu unterstützen, die am meisten von diesen neuen amerikanischen Zöllen betroffen sind?
4. Ist er bereit, dem Grossen Rat einen – auch nur kurzen – Bericht über die Auswirkungen dieser neuen Zölle auf unsere Unternehmen, unsere Wirtschaft und die öffentlichen Finanzen vorzulegen?

Begründung der Dringlichkeit: Die dringliche Behandlung der Interpellation ist wegen der Aktualität und der unmittelbaren Auswirkungen der neuen amerikanischen Einfuhrzölle auf bernische Unternehmen nötig.

Verteiler

– Grosser Rat